



NEWSLETTER 06/2013

FORUM | MIGRATION



deborre / photocase.com

Vor der Wahl

Dreh- und Angelpunkt der modernen Demokratie

Der Wahlkampf zur Bundestagswahl im Herbst wird allmählich unübersehbar. Die Parteien haben (weitgehend) ihre Wahlprogramme verabschiedet, Nicht-regierungsorganisationen formulieren ihre Erwartungen an eine künftige Bundesregierung.

Die anstehenden Wahlen lenken auch den Blick auf den Dreh- und Angelpunkt der modernen Demokratie, das aktive und passive Wahlrecht. Historisch war dieses Recht erst wenigen, zumeist Reichen, vorbehalten. Mit der Zeit wurden weitere Schichten mit einbezogen, schließlich erhielten auch Frauen das Wahlrecht.

Großen Teilen der Bevölkerung bleibt der Gang zur Urne aber weiterhin verwehrt, den knapp sieben Millionen ausländischen Staatsangehörigen. In Stadtteilen wie Duisburg-Marxloh dürfen sich 37,6 Prozent der Menschen nicht in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen. Der Hannoveraner Hochschullehrer Axel Schulte bewertet die Situation so: „Trotz der Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts

ist der Prozess der Demokratisierung unvollendet. Er müsste sich in die Richtung weiterentwickeln, dass Migranten, die dauerhaft hier leben, mit einbezogen werden.“

Gesellschaftliche Partizipation ist ein entscheidender Hebel für Integration. Nun sind Wahlen nicht die einzige Möglichkeit der Partizipation. Von Selbstorganisationen bis zu kommunalen Integrationsbeiräten sind Einflussmöglichkeiten gegeben.

Tatsächlich auf Augenhöhe funktioniert Partizipation in der Arbeitswelt. Mit dem novellierten Betriebsverfassungsgesetz von 1972 wurde das aktive und passive Wahlrecht für die Betriebsräte allen gewährt, unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Die große Zahl Betriebsratsangehöriger ohne deutschen Pass zeigt, wie Beteiligung funktionieren kann.

Für die Arbeitswelt wurden Hürden abgebaut, das kann Vorbild sein. Axel Schulte: „Integrationspolitik soll insbesondere dazu dienen, Integrationshemmnisse, die in der Struktur der Aufnahmegesellschaft liegen, abzubauen.“

INHALT 06/2013

Vor der Wahl	1
Politikwechsel dringend erforderlich	2
Politisches Interesse	2
Rüge für Deutschland	2
Zuwanderung, Integration, Asyl	3
Auszubildende beim Land Berlin	3
Beteiligung als Willkommenskultur	4
– Kommentar von Christiane Benner, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall	
Faire Mobilität	4



Politikwechsel dringend erforderlich

Positionspapier zur Bundestagswahl 2013 von Pro Asyl, Interkulturellem Rat und DGB

„Pro Asyl, der Interkulturelle Rat in Deutschland und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind davon überzeugt, dass ein Politikwechsel in der Einwanderungs-, Aufenthalts- und Flüchtlingspolitik sowie bei der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus dringend erforderlich ist.“, heißt es in einem Positionspapier, das die drei Organisationen gemeinsam zur Bundestagswahl 2013 veröffentlichen werden. Offiziell vorgestellt wird das Papier Mitte Juni. Die Forderungen im Positionspapier richten sich direkt an die neue Bundesregierung und sollen als Maßnahmen im Regierungsprogramm verankert und zügig umgesetzt werden.

Der Diskriminierungsschutz müsse ausgeweitet und verstärkt werden: „Die Reichweite des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist auf den Bildungsbereich und andere Felder staatlichen Handelns auszuweiten“, so die drei Organisationen. Daneben müsse das AGG um eine umfassende Möglichkeit der Verbandsklage erweitert und die Frist zur Anzeige auf 12 Monate verlängert werden. Die Beweislast vor Gericht – durch Anbringung von Indizien – soll dem Papier zufolge auf den Beklagten übergehen. Schließlich fordern die Organisationen eine bessere

finanzielle Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), „damit sie arbeitsfähig ist.“

Beim Flüchtlingsschutz steht die freie Einreise Schutzsuchender in die EU im Fordergrund. Rückführungsabkommen, Zurückweisung und Einreiseverweigerungen müssten der Vergangenheit angehören. Auch sollte die Zahl der Kontingentflüchtlinge ausgeweitet werden. Die Inhaftierung von Flüchtlingen solle beendet und das Dublin-Verfahren grundlegend reformiert werden. Das Asylverfahren müsse beschleunigt werden, wobei jeder das Recht auf ein Verfahren erhalten soll. Das Flughafenverfahren gehöre abgeschafft.


Für Geduldete fordern die Organisationen eine dauerhafte Bleiberechtsregelung unabhängig vom Tag der Einreise. Das Asylbewerberleistungsgesetz sei abzuschaffen und die sozialrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbern, Geduldeten und anderen subsidiär Geschützten schnell umzusetzen. Die Einbürgerung soll entsprechend dem Positionspapier erleichtert, die Optionspflicht abgeschafft und Mehrstaatigkeit generell anerkannt werden.

Ein weiterer Punkt. „Die aufenthaltsrechtlichen Hemmnisse zur Partizipation in Arbeitswelt und Gesellschaft müssen abgebaut werden.“ Dies kann

über die Möglichkeit eines Daueraufenthalts für alle Migrantengruppen erreicht werden. Dabei muss allen der Zugang zu Integrationsmaßnahmen ermöglicht werden. Für das geforderte transparentere Zuwanderungsverfahren soll ein System zur „mensenrechtlichen und kriterienbezogenen Erteilung einer Daueraufenthaltserlaubnis“ – sprich Punktesystem – geschaffen werden.

Grenzüberschreitender Arbeitskräfteeinsatz dürfe nicht länger zu Lohndumping führen. Deshalb sei ein gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Kontrolle der Unternehmen und eine verstärkte Haftung der Auftraggeber bei Verstößen durchzusetzen. Auch grenzüberschreitend eingesetzte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigten Zugang zu Beratung, einem festen Aufenthaltsstatus und den Zugang zu Integrationsmaßnahmen.


Schließlich müssen aus Sicht der Organisationen Hindernisse im Zusammenhang mit dem Familien- und Ehegattennachzug abgebaut werden, beispielsweise durch die Gewährung des Nachzugs unabhängig von Aufenthaltsstatus und durch die Abschaffung von Sprachtests für den nachziehenden Ehegatten.

 Das Positionspapier steht ab dem 15. Juni im Netz unter: www.migration-online.de/positionspapier_btw_13

Politisches Interesse

Nach Migrationshintergrund und Generation 2002 bis 2008 (in Prozent)

	überhaupt nicht	wenig	ziemlich	sehr
ohne Migrationshintergrund	7,2	32,2	42,5	18,0
2. Generation mit Migrationshintergrund	7,4	33,9	39,1	19,6
1. Generation mit Migrationshintergrund	15,7	41,5	29,9	12,8

 Quelle: BAMF Working Paper 46 (September 2012)

Rüge für Deutschland

Entscheidung des UN-Antirassismus-Ausschusses


Der UN-Antirassismus-Ausschuss (CERD) hat Deutschland für die fehlende Durchsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung aus dem Jahr 1966 gerügt. Der Bericht, der am 4. April 2013 veröffentlicht wurde, entspricht einer Beschwerde des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB), wonach die Einstellung des Verfahrens gegen Thilo Sarrazin wegen Volksverhetzung (§ 130 Strafgesetzbuch) und Beleidigung (§ 185 Strafgesetzbuch) eine Verletzung des Übereinkommens darstellt.

Der ehemalige Berliner Finanzsenator und damali-

ges Vorstandsmitglied der Bundesbank gab im Jahr 2009 ein Interview im „Lettre International“, in dem er Äußerungen tätigte, die „auf einem Gefühl rassistischer Überlegenheit oder Rassenhass beruhen“ und „Elemente der Aufstachelung zur Rassendiskriminierung entsprechend der Konvention enthalten“, so das Urteil des CERD.

Der TBB hatte seinerzeit Strafanzeige bei der Berliner Staatsanwaltschaft gestellt. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt, da Sarrazins Aussagen als Beitrag zur intellektuellen Debatte in einer Frage, die besondere Signifikanz für die Öffentlichkeit besitze, gewertet wurden. Auch ein Widerspruch des TBB blieb erfolglos. Gerade dieses Versäumnis der Untersuchung durch die deutschen Behörden stellt für den CERD eine

Verletzung der Konvention dar und wird nun Konsequenzen über den Einzelfall hinaus haben. Der CERD stellt fest, dass Deutschland nicht alle Bestimmungen der Konvention in nationales Recht umgesetzt hat und die Justizorgane müssen sich eine zu enge Auslegung der Strafbestände vorwerfen lassen. Deshalb fordert der CERD die Bekanntmachung ihres Urteils besonders unter Staatsanwälten und Justizorganen und die Schulung von Richtern und Staatsanwälten im Sinne der CERD-Bestimmungen. Außerdem verlangt der Ausschuss innerhalb von 90 Tagen über die getroffenen Maßnahmen informiert zu werden.

 Entscheidung des CERD vom 4. April 2013
www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/CERD-C-82-D-48-2010-English.pdf



Zuwanderung, Integration, Asyl

Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl

Die meisten Parteien haben ihre Wahlprogramme bereits vorgelegt. Fast alle haben ihre Programme auf Parteitag von den Mitgliedern absegnen lassen. Nur bei der CDU/CSU wird das Wahlprogramm traditionell von den Vorständen beschlossen. Die Veröffentlichung des Wahlprogramms der CDU ist für den 23. Juni geplant. Hier ein Überblick über die Positionen der Parteien zu den Themen Zuwanderung, Integration und Asyl.

SPD, Grüne, FDP und Linke wollen die Optionspflicht abschaffen und generell die Mehrstaatlichkeit zulassen, ebenso wie ein stichtagunabhängiges Bleiberecht für Geduldete. Dies würde ein Ende der Kettenduldung bedeuten. Die SPD schränkt dies auf schulbesuchende Kinder und Jugendliche sowie „nachhaltig integrierte“ Personen ein. Die Linke fordert ein dauerhaftes Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die fünf Jahre in Deutschland leben.

SPD und FDP wollen außerdem die Integrationsangebote auf Asylbewerber und Geduldete ausweiten. Die Grünen fordern zusätzlich, den Zugang zu Bildung und Gesundheit zu verbessern.

FDP und SPD wollen ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatler nach fünfjährigem Daueraufenthalt. Die Linke möchte ein Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten auf allen Ebenen.

Die Einbürgerung soll erleichtert werden, die FDP will die Zeit auf vier Jahre verkürzen, die Grünen sprechen von einem „großzügigen Angebot an die erste Generation“. SPD und Linke wollen außerdem

jedem, der in Deutschland geboren wurde, die deutsche Staatsbürgerschaft geben.

Der Ehegatten- und Familiennachzug soll erleichtert werden. Die SPD spricht lediglich von einer Erleichterung des Nachzugs, die Grünen wollen zusätzlich den eigenständigen Aufenthalt wieder festigen. Die Linke will einen Nachzug ohne Hindernisse. Zum Thema Zuwanderungssteuerung präferieren FDP und Grüne ein Punktesystem. Dies wird von der Linke rundweg abgelehnt.

Das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen will die Linke, da sie eine Grundsicherung für alle fordert. Die Grünen wollen es ebenfalls abschaffen und die soziale Gleichstellung von Asylsuchenden durchsetzen. Die SPD will es nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren. Grüne und SPD fordern außerdem die bundesweite Abschaffung der Residenzpflicht. Die SPD will diese durch eine Wohnsitzauflage ersetzen, um für eine gerechte Kostenverteilung unter Kommunen und Ländern zu sorgen. Die Grünen fordern die Abschaffung des „entwürdigenden“ Flughafenverfahrens. Die SPD will es lediglich aussetzen, weil es durch „geringe Fallzahlen“ nur noch eine „geringe Bedeutung“ besitze. Auch wollen SPD und Grüne mehr Kontingentflüchtlinge aufnehmen.

Abschließend einige Forderungen und Angebote der Parteien, die sie von den anderen Parteien absetzen: Die FDP will die Gehaltsgrenzen für Arbeitswanderung senken und Arbeitserlaubnis für alle mit rechtmäßigen Aufenthaltstiteln.


Die Grünen wollen den institutionellen Rassismus in Sicherheits- und Justizbehörden bekämpfen, die Abschiebehaft abschaffen und die Rechte türkischer Migrantinnen und Migranten auf Grundlage


des Assoziationsabkommens mit der Türkei stärken. Langjährig in Deutschland lebende Menschen ohne Papiere sollen einen legalen Aufenthaltstitel erhalten. Die erlebte Diskriminierung von Roma in ihren Heimatländern soll im Asylverfahren als Schutzgrund berücksichtigt werden.

Die SPD geht beim Thema Zuwanderung von Roma und Sinti einen anderen Weg: Sie will ein Sofortprogramm auflegen, um betroffenen Städten und Kommunen angesichts der „Armutszuwanderung“ finanziell zu helfen.


Die Linke plant die Abschaffung der Grenzagentur FRONTEX. Darüber hinaus fordert sie, das Prinzip der „illegalen Einreise“ durch die „freie Wahl des Mitgliedstaates“ zu ersetzen und die generelle Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl.

Analysiert wurden die Programme der zzt. im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme von CDU/CSU. Deren Programm wird am 23. Juni veröffentlicht.

 Wahlprogramm der SPD:
www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

 Wahlprogramm der Grünen:
www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/programmentwurf-bundestagswahl-2013.pdf

 Wahlprogramm der FDP:
www.fdp.de/files/565/BuVo_130318_Entwurf_B_rgerprogramm_2013.pdf

 Wahlprogramm der Linken:
www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf

Auszubildende beim Land Berlin

Knapp 20 Prozent mit Migrationshintergrund

Unter den neuen Auszubildenden im Öffentlichen Dienst hat mittlerweile fast jeder Fünfte einen Migrationshintergrund. Dies ergibt eine Auswertung der Daten zu den neu eingestellten Auszubildenden beim Land Berlin, die die Integrationsbeauftragte seit 2006 jährlich erheben lässt. Die Daten umfassen eine Ausbildung und ein duales Studium.

Im Jahr 2012 wurden vom Land Berlin insgesamt 2.452 (Vorjahr: 2.180) Auszubildende und Studierende neu eingestellt, davon 1.646 im Öffentlichen Dienst (Vorjahr: 1.458) und 806 bei Betrieben mit Landesbeteiligung (Vorjahr: 722).

Insgesamt wurden 1.640 Auszubildende und 387 Studierende erfasst. Von diesen 2.027 neu einge-

stellten Personen hatten 367 (18,1 %) einen Migrationshintergrund und damit so viel wie nie zuvor (Vorjahr 299).


Auffällig ist der gestiegene Frauenanteil bei den Migranten, die 2012 in die Ausbildung gingen: er liegt mit 42,6 % in der Verwaltung und mit 54,5 % bei den Landesbetrieben höher, als der Durchschnitt (33,9 bzw. 52 %).

Der kräftige Anstieg bei den Auszubildenden im Öffentlichen Dienst gegenüber dem Vorjahr (von 17,5 % auf 19,3 %) geht besonders auf die Zuwächse bei der Berliner Polizei (von 17,4 % auf 22,6 %), beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg (von 35,5 % auf 52,2 %), beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf (von 8,7 % auf 29,2 %), beim Bezirksamt Pankow (von 8,0 % auf 20,7 %) und

dem Bezirksamt Hellersdorf (von 9,1 % auf 18,2 %) zurück.

Die vom Berliner Senat vorgegebene Zielmarke von einem Anteil von 25 % Migrantinnen und Migranten unter den Auszubildenden erreichten oder überschritten die Bezirksamter Friedrichshain-Kreuzberg (52,2 %) und Charlottenburg-Wilmersdorf (29,2 %) sowie die Senatsverwaltungen (25,2 %) zum Teil sehr deutlich. Auch im Bezirksamt Neukölln kam fast jeder Vierte (23,5%) der neuen Auszubildenden aus einer Einwandererfamilie.

Um die Zielmarke zu erreichen führt Berlin seit Jahren die Kampagne „Berlin braucht dich“ durch.

 Informationen unter:
www.berlin-braucht-dich.de/



Beteiligung als Willkommenskultur



© IG Metall

**Kommentar von Christiane Benner,
Mitglied im geschäftsführenden
Vorstand der IG Metall**

Einmal angenommen, bei den Betriebsratswahlen 2014 würden wir unseren Kolleginnen und Kollegen mit ausländischem Pass sagen: Ihr dürft nicht mitwählen. Die Reaktionen würden von verständnislosem Kopfschütteln bis zur Frage: Geht's noch? reichen. Und auch unsere Kolleginnen und Kollegen mit deutschem Pass würden mit Unverständnis reagieren. Mit Blick auf das Wahlrecht außerhalb unserer Betriebe fallen die Reaktionen wohl nicht ganz so

eindeutig aus. Aber wieso eigentlich sind Menschen, die in diesem Land leben, davon ausgeschlossen darüber mitzuentcheiden, wie dieses Land gestaltet wird?

Wenn es um Bundes- und Landtagswahlen geht und auch bei Volksentscheiden sitzen alle Ausländerinnen und Ausländer am Katzentisch der Demokratie. Bei Kommunalwahlen dürfen zumindest Staatsangehörige aus EU-Staaten wählen. Das Signal, das von einer solchen Gesetzeslage ausgeht, ist eindeutig: Ihr gehört nicht dazu.

Das Signal nicht dazugehören trifft noch stärker jene jungen Leute, die der Optionspflicht unterliegen. Entsprechend dem novel-

lierten Staatsbürgerschaftsrecht aus dem Jahr 2000 haben Kinder ausländischer Eltern deren und die deutsche Staatsbürgerschaft. Auf Antrag der Eltern galt das auch für Kinder, die zwischen 1990 und 1999 geboren wurden. Alle müssen sich in der Regel innerhalb von fünf Jahren nach der Volljährigkeit für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Warum? Was spricht dagegen, beide Staatsangehörigkeiten zu behalten?

Auf dem zweiten Demografie Gipfel im Mai 2013 warb die Kanzlerin für eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften. In diesem Zusammenhang verwies

sie darauf, dass die Attraktivität des Landes international nicht sehr hoch eingeschätzt werde und die Willkommenskultur verbessert werden müsse. Willkommenskultur verbessern und gleichzeitig auf die Beibehaltung der Optionspflicht zu bestehen passt aus Sicht der IG Metall nicht zusammen. Deshalb fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, sich für eine ersatzlose Streichung der Optionspflicht einzusetzen, Mehrstaatigkeit zu erlauben und damit die Attraktivität des Landes für die Menschen, die hier sind, zu erhöhen. Die IG Metall fordert eine Willkommenskultur, die auch demokratische Rechte sicherstellt. Die internationale Mobilität macht ein neues Verständnis von demokratischer Partizipation erforderlich.

Ein verbessertes Wahlrecht – zumindest die Einbeziehung von Drittstaatsangehörigen in das kommunale Wahlrecht –, Abschaffung der Optionspflicht, doppelte Staatsbürgerschaft – das wären die Signale, die die Menschen an das Einwanderungsland Deutschland bindet. Das sind aber auch Signale an diejenigen, die auf Kosten von Migrantinnen und Migranten ihr Süppchen kochen und möglicherweise Wahlkampf führen wollen. So wird nämlich eindeutig klargestellt: Migrantinnen und Migranten gehören dazu, sind gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft. Unsere Betriebsräte sind übrigens ein gutes Beispiel dafür, wie durch Wertschätzung Engagement freigesetzt werden kann.

Faire Mobilität

Aktuelles zur Arbeitnehmerfreizügigkeit

Wenn im niedersächsischen Vechta Beschäftigte gegen die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie demonstrieren oder über die Situation ausländischer Pflegerinnen in Deutschland berichtet wird, muss man schon suchen, um die entsprechenden Berichte zu finden. Einfacher ist es, die Internetseite des DGB-Projekts Faire Mobilität anzuklicken. Dort findet sich hinter dem Button Aktuelles ein Nachrichtenüberblick zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Eine Meldung, die dort Mitte April zu finden war: In Stuttgart wurde die fünfte Beratungsstelle von Faire Mobilität eröffnet. Insbesondere polnisch- und kroatischsprachige Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mer können dort in arbeitsrechtlichen und sozialen Fragen Hilfestellung erhalten. Gleichzeitig legt der neue Standort einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Situation von osteuropäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Transport- und Logistikbranche.

Bereits vorher eröffnet waren Beratungsstellen in Frankfurt am Main, Berlin, Hamburg und München. Insgesamt sind sechs Anlaufpunkte geplant. Das Projekt will einen Beitrag dazu leisten, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach Deutschland kommen, nicht in ausbeuterische und menschenunwürdige Bedingungen abgedrängt werden.

www.faire-mobilitaet.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt
Layout/Satz: ideel, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

